

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Halo Saibold und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Gerichtsverfahren gegen den Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Washington

Sowohl in diversen amerikanischen Zeitungen als auch in den „Tagesthemen“ der ARD wurde teilweise sehr ausführlich über eine Anklage gegen den Außenstellen-Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung vor einem washingtoner Gericht wegen angeblich antisemitischen Äußerungen und wegen sexuellen Belästigungen mehrerer Mitarbeiterinnen berichtet.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Sind der Bundesregierung die gegen den Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Washington erhobenen Vorwürfe bekannt, und falls ja, seit wann?
2. Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um diesen Vorwürfen nachzugehen und einen möglichen Ansehensverlust der Bundesrepublik Deutschland in den USA entgegenzuwirken?
3. Hat die Bundesregierung schon häufiger Anlaß gehabt, Vorwürfen gegen Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung nachzugehen, um zur Wahrung des Ansehens der Bundesrepublik Deutschland im Ausland tätig zu werden?

Bonn, den 18. Dezember 1995

Halo Saibold
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

